

# Kraukauer Zeitung.

Nr. 245.

Donnerstag, den 25. October

1860.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für IV. Jahrgang. nementpreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für IV. Jahrgang. Nkr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 20. October d. J. dem Hofrathe bei der Statthalterei in Ungarn, Stephan von Szalay, und dem Statthalter Hofrathe daselbst, Paul Schäfer, in Anerkennung ihrer ausgezeichneten Dienstleistung, das Ritterkreuz des St. Stephans-Ordens mit Nachsicht der Taren allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 18. October d. J. die vom pensionirten Titular-Majore, Alfred Freiherrn v. Gundens, erbetene Garde-Austrittsurkunde mit Beibehaltung des Militär-Charakters allergnädigst zu bewilligen und gleichzeitig zu gestatten geruht, daß demselben bei diesem Anlasse für seine mehrjährig behätigt, stets eifrig und erspriehliche Dienstleistung der Ausdruck Allerhöchster Zufriedenheit bekannt gegeben werde.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den Lehrer an der k. k. Unter-Realtschule in Bzano, David Kolarik, zum wirklichen Lehrer an der k. k. Ober-Realtschule in Lemberg ernannt.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den Supplenten an der nunmehr aufgehobenen unteren nautischen Schule in Baro, Heinrich Gernani, zum wirklichen Lehrer an der unteren nautischen Schule in Livorno ernannt.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den Supplenten für darstellende Geometrie und Maschinenlehre an der böhmischen k. k. Ober-Realtschule in Prag, Dominik Hysa, zum wirklichen Lehrer dieser Fächer an derselben Anstalt ernannt.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den wirklichen Lehrer an der k. k. Ober-Realtschule in Olmütz, Franz Wagerl, in gleicher Eigenschaft an die k. k. Ober-Realtschule in Brünn verlegt.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat den Supplenten an der k. k. Ober-Realtschule in Olmütz, Joseph Scholz, zum wirklichen Lehrer an derselben Anstalt ernannt.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat zu wirklichen Lehrern an der k. k. Ober-Realtschule in Agram den Lehrer an der k. k. Gymnasium zu Maraschin, Welpriester Peter Matkovic, den Präseften an der k. k. Theologischen Akademie in Wien, Franz Czajec, und den Assistenten an der k. k. polytechnischen Institute in Wien, Georg Kosak, ernannt.

## Veränderungen in der kais. königl. Arme.

Der als Feld-Artillerie-Direktor bei der Arme in Kombarisch-Venetianischen Königreiche eingetheilte Oberst, Ignaz Häusler, des Artillerie-Staffes, verbleibt daselbst als ad latas des Feld-Artillerie-Direktors.

Der Hauptmann erster Klasse, Friedrich Hennings, des General-Quartiermeister-Staffes, zum Major im Adjutanten-Korps und zum Major-Adjutanten des Feldzeugmeisters Ritter v. Wenedek ernannt.

## Wichtamtlicher Theil.

Kraukau, 25. October.

Die „Wiener Zeitung“ bringt ein kaiserliches Patent, womit das Statut über die Landesvertretung im Herzogthum Steiermark erlassen wird. Als Landesvertretung hat im Herzogthum Steiermark zur Berathung und Beforgung der in diesem Statute bezeichneten Landesangelegenheiten der Landtag und der ständige Landtagsausschuß zu bestehen. Der Landtag besteht aus 42 Vertretern der Geistlichkeit, des begüterten Adels und des sonstigen großen Grundbesitzes, der Städte, so wie der Handels- und Gewerbekammern, und der übrigen Gemeinden unter Leitung eines vom Kaiser ernannten Präsidenten, der als solcher den Titel Landeshauptmann zu führen hat, und soll über Allerhöchste Einberufung in der Regel jährlich einmal und zwar insofern vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Landeshauptstadt Graz zusammenzutreten.

Im Allgemeinen wird erfordert, daß die Mitglieder des Landtages die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, sich im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte befinden und das dreißigste Lebensjahr vollendet haben. (Die sonstigen besonderen Erfordernisse s. u.)

Das Entfallen eines allgemeinen oder besonderen Erfordernisses zieht den Verlust des Rechtes der Theilnahme am Landtage nach sich.

Vom Wahlrechte und der Wahlbarkeit zum Landtage sind ausgeschlossen alle bescholtenen, wegen eines Verbrechens oder Vergehens oder einer aus Gewinnlust oder gegen die öffentliche Sittlichkeit begangenen Uebertretung bestraften oder nicht freigesprochenen oder noch in Untersuchung befindlichen Personen, dann Crimatare.

Aus der Geistlichkeit haben Sitz und Stimme im Landtage: Die Fürstbischöfe von Seckau und Lavant, zwei von den Leuten von Admont, St. Lambrecht, Rein und Wörs, und zwei von den Dom-

probsten des Seckauer und des Lavanter Domkapitels, und von den drei Probsten der Stadtpfarren zu Graz, Bruck und Gili aus ihrer Mitte gewählte Abgeordnete.

Die Besitzer landtätslicher Güter wählen aus ihrer Mitte zwölf Abgeordnete in den Landtag; davon müssen wenigstens acht dem mit der Landstandschaft in Steiermark theilhaftigen Adel angehören, und wenigstens vier an Realsteuer vom landtätslichen Gutebesitze zweihundert Gulden oder mehr entrichten.

Für die Städte nehmen Theil am Landtage: Zwei Abgeordnete der Stadt Graz, ein Abgeordneter der Stadt Marburg, ein Abgeordneter der Städte Fürstenfeld und Friedberg, ein Abgeordneter der Städte Pettau und Radkersburg, zwei Abgeordnete der Städte Leoben, Judenburg, Knittelfeld und Weitsberg und zwei Abgeordnete der Städte Gili, Rann, Windisch-Feistritz und Windischgraz.

Die Handels- und Gewerbekammern zu Graz und zu Leoben wählen je einen Abgeordneten in den Landtag.

Für die Vertreter der Städte ist nebst den allgemeinen Eigenschaften erforderlich, daß dieselben der Gemeindevertretung einer Stadt oder einer der Städte, welche sie zu vertreten haben, als Mitglieder angehören.

Die Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammern müssen dem Stande derselben als Wählbare angehören, in deren Gebiete wohnen und mindestens einhundert Gulden an direkter Steuer im Kammerbezirke entrichten.

Die übrigen Gemeinden wählen in den Landtag ebenfalls zwölf Abgeordnete. Die Vertreter dieser Gemeinden müssen die allgemeinen Eigenschaften der Wahlfähigkeit besitzen, in einer Gemeinde ihres Wahlbezirkes für die Gemeindevertretung wählbar sein und in diesem Bezirke einen Grundbesitz haben, von welchem wenigstens dreißig Gulden Realsteuer jährlich zu entrichten sind.

Die Fürstbischöfe von Seckau und von Lavant können sich in Verhinderungsfällen durch ihre dem Bisthume zuzurechnenden entnommenen Deputierten beim Landtage vertreten lassen.

Für alle gewählten Abgeordneten werden gleichzeitig mit ihrer Wahl auch die Wahlen ihrer Stellvertreter vorgenommen und für diese gelten hinsichtlich der Wählbarkeit und der Wahl die nämlichen Bestimmungen, wie für die Abgeordneten.

Die Vertreter des Adels und großen Grundbesitzes werden von allen zur Vertretung im Landtage berechtigten landtätslichen Gutsbesitzern, welche wenigstens jährlich 200 fl. Realsteuer zahlen, und den Mitgliedern der mit der Landstandschaft theilhaftigen Familien, welche österreichische Staatsbürger, großjährig und im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sind, die Vertreter der Städte Graz, Marburg und Bruck vom Gemeinderathe, die Vertreter der Handels- und Gewerbekammern von den Mitgliedern der betreffenden Kammern gewählt. Zur Vor-

nahme der Wahl der Vertreter der übrigen Gemeinden des Landes haben aus jeder Gemeinde des Wahlbezirkes der Gemeindevorsteher mit Einem vom Gemeindevorsteher aus seiner Mitte gewählten Mitglieder an einem vom Statthalter zu bezeichnenden Orte im Wahlbezirke zusammen zu kommen. Die Wahl geschieht mittelst Stimmzetteln; die relative Stimmenmehrheit genügt; bei gleichen Stimmen entscheidet das Los.

Die Fundationsdauer der gewählten Mitglieder des Landtages und ihrer Stellvertreter wird auf sechs Jahre festgestellt. Mit Ablauf des sechsten Jahres findet die Wählerneuerung statt.

Der ständige Landtagsausschuß (resp. das jetzt bestehende Verordneten- und Ausschuss-Collegium) prüft sämtliche Wahlprotokolle und berichtet hierüber an den Landtag, welchem hinsichtlich einer allfälligen Ungültigkeit einzelner Wahlen die Entscheidung zusteht.

Welche Landtagsmitglieder eine angemessene Entschädigung aus dem Landesfonde und in welchem Betrage erhalten, wird vom Landtage bestimmt.

Der Landeshauptmann eröffnet den vom Kaiser einberufenen Landtag, führt den Vorsitz in den Versammlungen und leitet die Beratungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder zufolge besonderen Allerhöchsten Auftrages.

Der Landtag kann vom Kaiser auch während der Funktionsdauer jederzeit unter Anordnung neuer Wahlen aufgelöst werden.

Die Mitglieder des Landtages haben bei ihrem Eintritte dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Geseze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landeshauptmanns an Eidesstatt zu geloben.

Der Landtagsausschuß als verwaltendes und ausführendes Organ des Landtages besteht unter dem

Vorsitze des Landeshauptmanns aus den vom Landtage aus seiner Mitte gewählten Mitgliedern. Die Funktionsdauer der Ausschussmitglieder ist gleich jener des Landtages, der sie gewählt hat. Sie währt jedoch nach dem Ablaufe der Landtagsdauer so wie im Falle der Auflösung des Landtages noch so lange fort, bis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuss bestellt worden ist. Die Anzahl, Benennung und Bezüge dieser Mitglieder, sowie überhaupt die näheren Bestimmungen über die Einrichtung des ständigen Ausschusses bestimmt der Landtag, vorbehaltlich der Genehmigung des Kaisers.

Die wohl auch für die Statute der übrigen Kronländer maßgebenden Bestimmungen über die Wirksamkeit des Landtages und die Geschäftsbehandlung werden wir wortgetreu mittheilen. Für heute bemerken wir nur noch, daß die Landtagsverhandlungen mit bedingter Oeffentlichkeit gegen vom Landeshauptmann nach Zulässigkeit des Raumes ausgegebene Eintrittskarten stattfinden.

Aus Warschau, 23. Okt., wird telegr. gemeldet: Der Fürst von Hohenzollern hat sich heute Vormittags zum Prinz-Regenten begeben. Graf Thun, österreichischer Gesandter in Petersburg, ist hier anwesend; dagegen ist der französische Gesandte am russischen Hofe, von dessen Anwesenheit ein Gerücht wies, nicht hier. Zwischen den Ministern der Großmächte haben vertrauliche Besprechungen bereits stattgefunden und sollen ferner stattfinden.

Die neue Pariser Broschüre „L'alliance anglaise ou l'alliance russe“ sagt, daß Oesterreich ausgebeugt, daß England isolirt werden, daß Frankreich zu seinem Bundesgenossen Rußland wählen und danach trachten müsse, Preußen in diesen Bund hineinzuziehen. England habe sich als falscher Bruder bewährt; Oesterreich sei krank und mit feindseligen Vorurtheilen gegen Frankreich erfüllt. Die Gesichte des ersten Kaiserreichs habe bewiesen, daß weder die persönlichen Sympathien der Monarchen, noch verwandtschaftliche Beziehungen eine sichere Basis der Allianzen seien, und die Politik Englands zur Zeit der Juliregierung habe gezeigt, daß auf die Gemeinshaftlichkeit der Prinzipien und der Institutionen ebenfalls nicht zu rechnen sei.

Nur die Identität der Interessen oder die Abwesenheit der gegenseitigen Bekämpfung der Interessen könne einer Allianz zur Grundlage dienen, und deshalb sei die französisch-russische eine ganz natürliche. Was verschlägt's Frankreich, wenn Rußland sich im Oriente, was verschlägt's Rußland, wenn Frankreich sich im Occidente vergrößert? Die Frage von Konstantinopel, die Byzantinische Frage, müsse jedoch vor der Hand reservirt bleiben. Mit Preußen macht sich der Verfasser sehr viel zu schaffen. Schon der erste Napoleon habe es sehr gut mit Preußen gemeint, so wie denn überhaupt Preußen seine ganze Existenz als Großmacht nur der traditionellen Politik Frankreichs, die Freundschaft der Staaten zweiten Ranges zu hegen und zu pflegen, verdanke. (!) „L'aiglon n'est-il pas éelos ainsi dans le nid du milan de la maison de Brandebourg?“

Aber Preußen habe die gute Absicht Napoleon's nicht begriffen, der es nur deshalb so sehr bestrafe. (!) Die gegenwärtige Lage habe etwas Analoges. (So?) Napoleon III. suchte bei seiner Thronbesteigung die Freundschaft Preußens, „er mußte den ganzen Werth jener preussischen Arme zu würdigen, deren Artillerie sich eines so begründeten Ruhmes erfreut, und die eine Infanterie besitzt, deren Quarrées bei Jena zu durchbrechen der Ruhm der französischen Cavallerie war.“ Napoleon der Dritte wünschte also — sagt der Verfasser — die Allianz Preußens, „er schien sogar die nationale Bewegung zu begünstigen, welche Preußen zum Herrn von Deutschland (und, wohlverstanden, das linke Rheinufer zu französischen Departements!) machen sollte; aber er wurde so wenig als sein Dheim verstanden; er fand nur Mißtrauen und bösen Willen, und es gehörte seine ganze Mäßigung dazu, daß er die Politik Preußens im vorigen Jahre nicht sehr übel nahm. Und Teplitz, und so eben Koblenz! Doch ist der Verfasser weit entfernt, an Preußen zu verweisen. Der National-Verein tröstet und beruhigt ihn. „Welche Rolle für den Prinz-Regenten! den epischen Traum einer starken Race, die sich noch niemals als Nation constituiren konnte, in eine glänzende Wirklichkeit verwandeln, ihr mehr als einen Arminius, ihr einen kaiserlichen Washington geben!“ Und der Verfasser ist um so mehr überzeugt davon, daß der Prinz-Regent sich endlich zu besserer Einsicht belehren werde, als derselbe fürchten muß, „daß sich der Germanische Gedanke in einem andern Fürsten personificiren könnte.“ Man zweifelt übrigens an dem officiellen Ursprung dieser nicht sehr geschickten Abhandlung.

Der Pariser Correspondent der „Süd. Post“ bringt die Anwesenheit des Herrn v. Persigny in Paris mit dem Bemühen der französischen Regierung die stark gelockerten Verhältnisse zwischen Napoleon und dem Whigkabinet wiederherzustellen, in Verbindung. Die Hauptarbeit, schreibt derselbe, geht dahin, der Warschauer Zusammenkunft die Spitze abzubrechen, indem man der Connivenz Englands zu jedem bedrohlichen Beschlusse, der dort gefaßt wird, zu verhindern sucht. Hiesigerseits wird darauf gepocht, daß die Verständigung, die zwischen Rußland und Frankreich seit etwa zwei Monaten zu erkennen ist, nur „in Folge der Treue eingetreten ist, welche der Kaiser der englischen Allianz widmet.“ Fürst Gortschakoff habe sich nämlich im directen Antrage des Kaisers von Rußland zur Zeit, als Garibaldi noch mit Sicilien beschäftigt war, an Frankreich gewendet mit dem Vorschlage, ein russisches Geschwader gemeinschaftlich mit einem französischen nach der Meerenge von Messina zu senden, um Neapel vor allen Eventualitäten zu schützen und den König zu erhalten. Frankreich habe mit Rücksicht auf England dies abgelehnt; es habe alle Chancen der russischen Allianz, welche von der Erfüllung dieses directen Wunsches des Kaisers Alexander abhing, geopfert, um sich von England nicht zu trennen, und es wäre daher eine Ungerechtheit schreiender Natur, wenn England den Warschauer Kongreß, der eben eine Folge der unfreundlichen Stellung sei, welche die russische Regierung seit jenem Rufe gegen Frankreich annehme, fördern wolle. Die Thatsache, die, wie der Correspondent meint, bisher als ein Geheimniß behandelt wurde, mag wahr sein, wir glauben jedoch, daß Lord Palmerston an diesen Roder der oepferbereiten Zärtlichkeit für England nicht anbeißen durfte. Daß der Correspondent das Cabinet der Tuilerien mit einem so kindischen Auschlag debattiren läßt, wäre geeignet, gegen den Werth seiner Mittheilungen gerechte Zweifel nachzurufen. Man weiß in London und weiß in Paris, daß die entente cordiale lediglich auf der zufälligen Gleichheit der beiderseitigen Interessen balancirt. Die Behauptung, aus Rücksicht für den „Allirten“ habe Frankreich seinen Vortheile geopfert, muß Lord Palmerston geradezu lächerlich finden.

In einem Artikel, mit welchem die „Preussische Ztg.“ die Depesche des Hrn. v. Schleich vom 13. October an das Turiner Cabinet begleitet, heißt es unter anderem: „In einer Sprache, deren Offenheit und Entschiedenheit nur zu deutlich verrieth, wach' eines starken Rückhalts sich Graf Savour zu erfreuen glaubt, hat er Europa erklärt, daß es keinen dauerhaften und ruftichtigen Frieden genießen werde, bis die venetianische Frage gelöst sei, und er hat nur die Herablassung gehabt, im Hinblick auf die schwächlichen Neigungen des friedliebenden Europas diese Lösung so lange zu verschieben, bis die Constitution eines starken Italiens vollzogen sei. Wenn der sardinische Staat als Repräsentant der italienischen Einheitsidee so wenig Bedenken trägt, einen Krieg voraus zu verkünden, in dessen weiteren Verlauf ganz Europa verwickelt werden kann, welche Rücksicht haben dann wir Deutsche von ihm in Bezug auf unsere nationalen Interessen zu erwarten? Wenn auf Grund des Nationalitätenprinzips Sardinien es für sein Recht erklärt, Venedig zu annequiren, welche Beweggründe haben wir zu glauben, daß dieses Motiv der Racenpolitik niemals vorgewendet werden könne, um von Deutschland den Besitz von Wälschtirol, oder von der Schweiz den Besitz des Canton Tessin als nationales Recht zu vindiciren?“ Das ministerielle Berliner Blatt fragt: „Wenn es Sitte wird in Europa, unter dem Vorwande der Nationalität den Nachbar permanent mit Krieg zu bedrohen, oder ohne Kriegserklärung ihn zu überfallen, welches Gefühl der Sicherheit können dann noch die Staaten Europas haben, die, wie die Schweiz oder wie Belgien, aus Elementen verschiedener Nationalität zusammengesetzt sind? — Die „Preuss. Ztg.“ bemerkt weiter, Preußen habe „keine Ursache, seinen Einfluß für die Restauration unmöglich gewordener Verhältnisse zu verwenden,“ aber seine Pflicht sei es, warnend seine Stimme zu erheben und die Leiter der italienischen Politik daran zu erinnern, daß es nicht gemeint ist, Besitz und Recht der deutschen Nation im geringsten gefährden zu lassen, oder mit der Wahrung ihrer und ihrer Interessen zu spät zu kommen.

Zu der von der Neuen Münchener Zeitung gebrachten Depesche aus Turin, nach welcher die Gesandten Preußens, Spaniens und Portugals Vorkerkungen zur Abreise treffen, bemerkt die „N. P. Z.“: „Das ist insofern nicht richtig, als der preussische Gesandte, wie unsere Leser wissen, nicht abgerufen ist. Aus unsern turiner Berichten geht aber allerdings hervor, daß, wenn der preussische Gesandte abgerufen worden wäre,



Spanien und Portugal diesem Vorgange Preußens gefolgt sein würde."

Die „Opinione“ sagt bezüglich der Note Schleiniß: „In Beantwortung des piemontesischen Memorandum's: „Die Schlüsse der preussischen Note sind sicherlich streng, aber es freut uns, wahrzunehmen, daß sie sich in den Grenzen einer theoretischen Discussion bewegen und nicht den geringsten Anschein einer wirklichen Drohung haben.“

Das Decret Garibaldi's, durch welches der Mutter und Schwester des Königs Milan eine Pension ausgesetzt worden ist, hat dem spanischen Gesandten in Gaeta zu einer Kundgebung Veranlassung gegeben die allen beim Könige beider Sicilien accreditirten fremden Gesandten gemacht worden ist: Der Unterzeichnete glaubt, indem er dieses Decret (Garibaldi's) zur Kenntniß Europas bringt, sich jedes Commentars zu dieser unverantwortlichen Verfügung enthalten zu können. In keinem Lande war die Revolution bis zu diesem Grade der Verderbtheit und Anarchie gediehen; bis zu diesem Tage hat man noch nicht erlebt, daß man den Königsmörder wie ein heilig Ding ehrt, den Meuchelmörder öffentlich belohnt und so zum Mörder der Souveränität auffordert. Die Dictatur, welche im Königreich beider Sicilien herrscht, hat dieses betrübende Schauspiel gegeben. Diese Verherrlichung des Meuchelmordes hat in einer von den piemontesischen Truppen besetzten Stadt sich ereignet, durch einen Anführer (condottiere), der im Namen des Königs von Sardinien handelt, welcher ja seit vier Monaten jede Art von Verantwortlichkeit zurückweist, denn man läßt auf seine Fahne und auf seinen Namen. Der Mensch, der seines Gleichen zu ermorden trachtet, der Soldat der aus der Reihe tritt, um seinen General zu erschließen, der Bürger, der mit dem Bajonet auf seinen König stürzt, werden also von der Regierung Garibaldi's als Märtyrer betrachtet, welche des Lobes, der Belohnung und der Trauer würdig sind. Diese Apotheose im amtlichen Journal von Neapel, diese im Namen des Königs Victor Emanuel dem Königsmörder gegebene Belohnung sprechen lauter als jede Schilderung von der Anarchie und von dem beklagenswerthen Zustande, in welchem das Land seit der Invasion seufzt. Ich protestire nicht gegen den Scandal dieses Decrets, welches jedes moralische Gefühl empört, jeden Grundsatz von Ehre und Religion umstößt. Ich beschränke mich darauf, es der Gerechtigkeit Europas als einen der zahllosen Belege für die politische Sittlichkeit gewisser Leute vorzulegen, welche, gestützt auf fremde Macht und zu unwürdigem Verrath provocirend, die Autorität an sich gerissen und den beträchtlichsten Theil der Halbinsel occupirt haben.

Der toscanische „Moniteur“ veröffentlicht den aus Perugia vom 9. October datirten Protest des sardinischen General-Commissarius für Umbrien, Marquis Depoli, gegen die Wiederbesetzung Viterbo's durch die französischen Truppen. Derselbe ist an den General Soyon adressirt und lautet: Herr General! Nach Besetzung der jüngsten Moniteur-Note muß ich glauben, daß die Besetzung von Viterbo nur eine rein militärische Maßnahme ist. Ich hoffe also, daß es mir gestattet sein wird, diese Provinz unter dem Schutze des Königs Victor Emanuel zu behalten. Wenn gleichwohl Ihre Instruktionen anders lauteten, so würde mir nichts übrig bleiben, als Ihrem Schutze die Bevölkerung von Viterbo anzuvertrauen, welche sich mit ergreifender Einmüthigkeit für die Nationalität und die Freiheit ausgesprochen hat. Lassen Sie derselben das Recht, über ihr eigenes Schicksal Rath zu pflegen. Herr General! Wenn ich einen einzigen Augenblick zweifelhaft wäre, daß die Unterdrückung bei Ihnen vollen und starken Schutze sinden, so würde ich, das fühle ich, die Hochachtung und die Dankbarkeit verleugnen müssen, die wir alle für Frankreich und den Kaiser hegen. Man kann die Wahrheit in den fremden Ländern einstellen, die römische Frage aus Parteigeist mißverstehen; aber wenn man mitten unter diesen leidenden Völkern steht, darf man nicht die handgreiflichen Thatfachen neglektiren, sondern muß sich überzeugen, daß die päpstliche Herrschaft für alle Welt unerträglich geworden ist. In der Provinz Viterbo wie überall wird die allgemeine Zustimmung beweisen, auf welcher Seite Recht und Gerechtigkeit sind, ob auf Seiten des Volkes oder der römischen Regierung. Empfangen Sie etc."

Ein von dem Grafen Quatrebarbes, dem ehemaligen General-Gouverneur von Ancona an den Senator Marchese von Brignole-Sales gerichteter und von diesem in der vorletzten Senatsitzung verlesener Brief hat in Turin den lebhaftesten Eindruck hervorgerufen. Er enthält eine schwere Anschuldigung gegen Cialdini, den Commandanten der piemontesischen Landtruppen bei der Belagerung von Ancona. Die Note selbst, schreibt Graf Quatrebarbes, lautet: „Als das Feuer der Flotte die Batterie von acht Stücken, welche den Eingang des Hafens von Ancona vertheidigte, erricht, durch Explosion des Pulverthurms die Kasematten der Molotrone zerstört und deren Vertheidiger unter den Krümmern begraben hatte, ließ General Lamoricière, der auf eine Strecke von mehr als 500 Metres den Hafen offen und ohne irgend eine Vertheidigung sah, die weiße Fahne auf der Citadelle und den Forts aufziehen und unmittelbar darauf das Feuer einstellen. Admiral Persano unterbrach gleichfalls das feine; ein Parlamentär wurde zu ihm an Bord geschickt, denn es war die Flotte, welche Ancona zur Capitulation zwang und nicht die Landarmee, deren Kanonen noch keinen Stein an den Befestigungen umgeworfen hatten. Es war halb fünf Uhr Abends. Die Landbatterien folgten dem Beispiel der Marine. Wie groß war aber das Erfahren des Obergenerals, als gegen acht Uhr Abends ohne irgend eine Provocation das Feuer wieder anfing? Es dauerte ohne irgend eine Unterbrechung die ganze Nacht hindurch bis sieben Uhr Morgens fort, trotz der Gegenwart der Parlamentäre, trotz der auf den Forts

aufgepflanzten weißen Fahne, trotz des fünf oder sechs mal wiederholten Läutens zur Einstellung des Feuers, trotz endlich eines Briefes des Admirals Persano, der gegen diesen Act der Wildheit protestirte, indem er die Seeleute, welche eine Landbatterie bedienten, an Bord zurückrief. Während eilf Stunden beschloß die Landarmee die Stadt, ohne daß ein einziger Kanonenschuß erwidert worden wäre.“

Das sardinische Parlament wurde am 19. geschlossen, nachdem es während der 18-tägigen Session seine Schuldigkeit gethan und alle Vorlagen, zuletzt noch 50 Millionen in Schatzbons, votirt hatte.

### Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 15. September 1860.

(Fortsetzung.)

Graf Szécsen setzte die Vorlesung des Berichtes fort wie folgt:

„Das Comité konnte es endlich nicht unterlassen, Angefichts der unter der Rubrik Hafens- und See-Sanitätsdienst für das ordentliche und außerordentliche Erforderniß der Hafens- und Hochbauten veranschlagten namhaften Summen die Erwägung anzugehen, ob all- darunter begriffenen Bauten dringend nothwendig, ob bereits in Angriff genommen, und wenn nicht, ob deren Ausführung in Rücksicht auf die Finanzlage nicht vorläufig sistirt werden könnte?“

„Das Finanzministerium erklärte in Beziehung auf das ordentliche, auf 241,700 fl. bezifferte Erforderniß für Hafensbauten, daß daraus das ganze Baggerwesen (einschließlich eines neuen Dampfbaggers und der Adaptirung einer Maschine á 45,000 fl.), die Erhaltung und Erneuerung der Signalisirungsgepähle u. d. Bojen, endlich die Konservirung der Ufermauern längs der ganzen österreichischen Küste inbegriffen sei, Arbeiten, welche nach den Voranschlägen der sachkundigen Central-Seebehörde auf das Mäßigste ermittelt worden und zur Aufrechterhaltung unserer Häfen nothwendig seien, auch ohne Gefährdung des Schiffahrtsverkehrs nicht unterlassen werden dürfen.“

„Die für die ordentlichen Hochbauten, nämlich für die Erhaltung und Rekonstruction sämtlicher Hafens- und See-Sanitätsgebäude veranschlagte Summe von 15,500 fl. sei so mäßig, daß sie einer detaillirten Rechtfertigung wohl kaum bedürfe.“

„Was die außerordentlichen und neuen Hafens- und Hochbauten betrifft, so nehmen die bereits in der Ausführung begriffenen und unmöglich zu sistirenden, als:

Molo St. Carlo in Triest	20,000 fl.
Ufermauer zwischen Molo St. Carlo und M. Porporella	45,000 fl.
Diga Malamocco	266,000 fl.
Fiumara-Kanal in Fiume	50,000 fl.
Hafensbauten in Zengg und St. Georgen	25,000 fl.
Sanitäts-Kasino in Triest	20,000 fl.
zusammen	426,000 fl.
in Anspruch und es konnte der Betrag von	389,000 fl.

(daher um 37,000 fl. weniger) nur deshalb angenommen werden, weil von dem für die Diga di Malamocco kontraktmäßigen Jahresbeitrage von 266,000 fl. in der Regel nur ein bedeutend geringerer Theil factisch consumirt wird.“

Conte Borelli bemerkte, daß im Comité die Frage nicht erörtert wurde, ob die Ausgabe für das Central-Seebüreau in Triest nothwendig sei, und daß deren Ueberflüssigkeit bewiesen wolle.

Er begann mit der Erwähnung, daß diese Behörde erst kürzlich eingesetzt wurde; daß früher die Gubernien von Venedig, Jährien, Kroatien und Dalmatien deren Geschäfte besorgten und bei wiederholten Gelegenheiten bewiesen hatten, daß sie dieser Aufgabe genügten.

Er erzählte, wie in Dalmatien im Jahre 1816 die Pest ausgebrochen sei, und wie selbe vom Gubernium lokalisiert und unterdrückt wurde.

Er bemerkte ferner, daß diese Ausgabe bloß bei normalen Gesundheitszuständen zulässig erscheint, daß aber zu Zeiten, in welchen Epidemien herrschen, nur die respectiven Gubernien im Stande sind, die in diesen Fällen nöthigen energischen und umfassenden Vorkehrungen zu treffen, und daß eben im Hinblick auf die Raschheit und das Ungewöhnliche der Mittel, welche in solchen Fällen erforderlich sind, ein entferntes Central-Organ viel weniger geeignet erscheint als eine nahe Lokalbehörde.

Er fügte bei, daß es ihm als eine ohne hinreichenden Grund verdoppelte Auslage erscheine, wenn das amtliche Land-Sanitätspersonal von dem See-Sanitätspersonal getrennt sei, da insbesondere in den Kreisen Ragusa und Cattaro die Landgrenze an mehreren Stellen kaum eine Stunde vom Meere entfernt sei, daher dieselben Sanitätsbehörden, wie dies auch früher der Fall war, sowohl an der Land- wie an der Seegrenze ihr Amt behandeln könnten.

Er bemerkte ferner, es ergebe sich aus der Natur der Sache, daß der größere Betrag der für Seearbeiten ausgeworfenen Summen an jenen Orten verwendet werde, wo die Nothwendigkeit der Central-Seebehörde unmittelbar in die Augen fällt; eine Trennung jener Beträge würde den vier Provinzen besser die Wohlthat der betreffenden Anweisung sichern.

Er erklärte ferner, daß die Abhängigkeit der erwähnten vier Provinzen von einer außerhalb derselben gelegenen Behörde der Autonomie dieser Provinzen, in welchen die maritimen Verhältnisse von vorzüglicher Bedeutung sind, nachtheilig sei.

Er fügte die Bemerkung bei, daß das Land vor Epidemien zu bewahren sei und die Lokalbehörden zur Erfüllung dieser Aufgabe am Geeignetesten seien, daß heutzutage sowohl das Meer wie das Land plötzlich sanitätspolizeiliche Vorkehrungen bedürfen könnten, in-

dem die Eisenbahnen, deren große spezielle Nützlichkeit vollkommen würdige, in Betreff der Gesundheitsrückichten doch eine große Drohung für das ganze Europa seien.

Er hegte mithin die Meinung, daß auf den Eisenbahnstationen die Einsetzung von gemischten honorar Sanitätskommissionen nützlich wäre, welche sich bloß bei sich darstellender Nothwendigkeit vereinigen würden, gerade so wie man in Friedenszeiten schlagfertige Armeen erhält, und daß ebenso eine spezielle Sanitätsordnung erforderlich sei, wie ein Kriegsreglement existirt, welches nur im Kriege angewendet wird.

Er schloß seine Rede mit dem Bemerkten, daß, wenn die respectiven Gubernien des Oesterreichischen Küstenlandes, wie sie es bewiesen hätten, der wichtigsten Aufgabe des Central-Seebüreaus in Triest genügten, er sich verpflichtet glaube, bei der hohen Versammlung den Antrag zu stellen, daß ein Comité eingesetzt werde, welches die Nothwendigkeit dieser Ausgabe prüfen solle.

Freiherr v. Reyer entgegnete, daß er der Widerlegung dieser Vorlage des Herrn Conte Borelli im Einzelnen sich enthalte, weil er glaube, daß die Provinzialdetails gänzlich übergangen werden sollten, indem der hohe Reichsrath eine wichtigere Aufgabe zu lösen habe. Er bemerkte nur, daß er die Central-Seebehörde für eine der allernützlichsten Stellen in der Oesterreichischen Monarchie halte und zwar aus dem Grunde, weil sie nicht nur die allgemeine Sanität, also die Sanität an allen Küsten des Reiches sichert, sondern namentlich weil unter ihr alle Handels-Unteressen und Konsulate stehen. Er könne daher nur aus bester Ueberzeugung dafür stimmen, daß diese Behörde erhalten werden möge.

Graf Hartig betrachtete dies als einen Gegenstand, der zur Zeit nicht für die Debatte geeignet sei, und zwar weil

1. die Versammlung sich darüber nicht aussprechen könne, weil sie über den Wirkungskreis und die Institution der Central-Seebehörde nicht unterrichtet sei,

und 2. weil er unmöglich glauben könne, daß durch die Einsetzung dieser Central-Seebehörde die Sanitätsvorschriften, welche seit jeher für alle Landesgrenzen bestanden hätten, und die Wirksamkeit der Lokalbehörden in ihrer Handhabung im Mindesten beirrt worden seien. Es wäre dies jedenfalls ein Gegenstand einer genaueren Erörterung. Vielleicht könnte der Herr Minister des Innern Auskunft ertheilen, ob durch die Aufstellung der Central-Seebehörde irgend etwas an den Landes-Kontumazanstalten geändert wurde, und wenn das auch der Fall wäre, so würde ihre Wirksamkeit gewiß nicht an eine Zustimmung der entfernten Central-Seebehörde gebunden werden, sondern ihnen trotz ihres beschränkten Wirkungskreises doch das Recht eingeräumt sein, augenblicklich ihrem Amte gemäß zu handeln.

Solches würde jedoch zu Erörterungen führen, welche gar nicht vor diese Versammlung gehörten und die der Reichsrath nicht unmittelbar im Stande wäre, gründlich zu besprechen. Er halte es daher für angemessen, zur Tagesordnung überzugehen.

Der Herr Minister des Innern gab die Versicherung, daß durch die Aufstellung der Central-Seebehörde an den vom Grafen Hartig berührten Verhältnissen gar nichts geändert worden sei.

Der Leiter des Finanzministeriums fügte hinzu, daß schon früher das Bedürfniß einer Centralleitung der Angelegenheiten des Seebaus, Hafens- und des Sanitätsdienstes sich herausgestellt hatte und das Gubernium in Triest als See-Gubernium über den Bereich seines Districts als politische Landesstelle bestellt wurde und demselben über diese Angelegenheiten für die Küstenländer die Oberleitung übertragen worden war. Auch habe sich seines Wissens die Central-Seebehörde als eine sehr vortheilhafte und nützliche bewährt. In früheren Zeiten war bei dem betreffenden Gubernium das nautisch-technische Element gar nicht vertreten, es wurde mehr als Nebensache behandelt, und es war bei der Waffe der eigenen Geschäfte nicht möglich, diesem Zweig, für welchen spezielle Kenntnisse erforderlich sind, die dienliche Aufmerksamkeit mit gehörigem Erfolge zu widmen. Es sei auch die Errichtung der Seebehörde von der Handelskammer und überhaupt von der ganzen Handelswelt als eine sehr zweckmäßige und gute Einrichtung freudig begrüßt worden, und er würde daher sehr bedauern, wenn man sich jetzt dazu herbeilassen sollte, den Antrag des Conte Borelli anzunehmen. Es würde dem Reichsrathe, wie schon der Herr Vorredner gesagt habe, die Vorlage dazu fehlen, während andererseits das Wirken dieser Behörde durch den Erfolg so bewährt sei, daß der Fortbestand derselben wirklich wünschenswerth erscheine.

F.M.E. Freiherr v. Szécsen bemerkte, daß er bei seiner Amtirung in Kroatien vor zwei Jahren in gar keine Berührung mit der Central-Seebehörde gekommen sei und daher keine Gelegenheit gehabt habe, dieselbe kennen zu lernen, da die politische Amtswirksamkeit davon ganz getrennt sei.

Graf Elam wiederholte hierauf, daß der Reichsrath, wie Graf Hartig ganz richtig hervorgehoben habe, keine Vorlage besäße, daher sich auch nicht für oder gegen den Antrag aussprechen könne, und daß in dem einfachen Uebergange zur Tagesordnung die angemessenste Erledigung zu finden sein würde, welchen Antrag die Minorität der Versammlung annahm.

Graf Szécsen setzte hierauf den Vortrag des Berichtes fort wie folgt:

„Aus den hier in Kürze zusammengefaßten Erörterungen mußte das Comité die Ueberzeugung schöpfen, daß im Budget der Finanzverwaltung noch Ersparniß von nicht unerheblicher Höhe zu erreichen sind, wovon ein Theil — allerdings der weit geringere — noch innerhalb der Formen des bisherigen Verwaltungssystems zu verwirklichen, der andere, wesentlich namhaftere Theil jedoch erst durch vollbrachte Aenderungen in administrati-

ven Organismus, in welchem die Selbstverwaltung der verschiedenen Länder der Monarchie kräftig mitzuwirken berufen ist, zu erzielen sein wird.“

„Wenn das Comité bei den in Prüfung des Staats-Boranschlages für die Finanzverwaltung vorkommenden Anlässen jene Aenderungen und das Innehalten jener Autonomie aus Beweggründen der Ersparung befürworten zu müssen glaubte, so geschah dies nur, weil diese Beweggründe auf dem ihm vorgezeichneten Wege die nächstliegenden waren, und ohne das Gewicht höherer staatsrechtlicher und sittlicher Motive zu erkennen, welche zu der gleichen Erkenntniß führen.“

„Bei der Prüfung der Abtheilung XIV. (andere, zu keinem der bestehenden Verwaltungszweige gehörige Ausgaben) fand sich das Comité veranlaßt, anlässlich der aus dem infameriten Krakauer Emerital-Fonde zu bestreitenden Rubegenüsse pr. 9024 fl., wenigstens in diesem Falle die Einnahme von der korrelaten Ausgabe überwogen wird, darauf hinweisen zu sollen, daß derlei Infamerierungen von Fonds und Objecten künftighin doch nur unter Beobachtung feststehender geschlicher Normen und insbesondere nicht ohne Zustimmung der betreffenden Landesvertretungen bewerkstelligt werden mögen.“

Reichsrath Ritter von Starowiejski-Biberstein fand hier Gelegenheit zu erwähnen, daß dieser Fond in polnischen Gulden bestand, und daß daher die Beamten, welche Rubegenüsse aus diesem Fonde beziehen, das Recht gehabt hätten, dieselben auch in polnischen Gulden zu erhalten.

Nun würden ihnen aber die Rubegenüsse gegenwärtig in Banknoten ohne Rücksicht auf das Agio verabsolgt, und billigerweise hätten sie doch das Recht, dieselben in Polnischen Gulden, aus welchen eben dieser Fond bestand, zu beziehen. Er stellt daher die Bitte, der Herr Leiter des Finanzministeriums möge Anstalten treffen, daß diesem Uebelstande abgeholfen werden möge.

Freiherr v. Ergglet erklärte diesen Verlust für sehr unbedeutend, denn nach seiner Meinung sei der Polnische einem Dester. (Vierte!) Gulden mit Rücksicht auf die in Oesterreich und Rußland bestehenden Valutaverhältnisse ziemlich gleich.

Reichsrath v. Starowiejski entgegnete, daß der Polnische Gulden zwar gleich dem gegenwärtigen Desterreichischen (Vierte!) Gulden, aber in Conv.-Mz. sei, erklärte jedoch, daß er keinen Antrag stellen, sondern nur den Leiter des Finanzministeriums hierauf habe aufmerksam machen wollen.

Reichsrath v. Plener konnte über diesen Gegenstand für den Augenblick keine nähere Auskunft ertheilen, versprach aber, die Sache untersuchen zu wollen.

Reichsrath Graf Elam fügte die Bemerkung hinzu, daß durch die Allerhöchste Gnade Sr. Majestät die Beamten Krakau's besondere Bezüge aus dem Fonde erhielten, daß für sie nach dem sogenannten Emerital-Status immer die günstigeren Normen angewendet würden, daß also die Bestimmungen für dieselben viel günstiger seien, als die im Desterreichischen Pensions-Normale enthaltenen, so wie auch im Ganzen die Behandlung der Krakauer Beamten günstiger sei als ursprünglich festgesetzt worden.

Reichsrath v. Starowiejski-Biberstein bemerkte noch, daß die fraglichen Beamten bezüglich des Unterschiedes, der durch das Agio hervorgerufen würde, Beschwerde geführt haben. Sie glaubten nämlich, nachdem sie ihre Rubegenüsse in polnischen Gulden bezogen haben, daß sie, weil dies ein Privatfond war, auch das Recht hätten, jetzt noch in dieser Münzgattung bezahlt zu werden, oder, wenn in Banknoten, mit Berücksichtigung des Agio's.

(Fortsetzung folgt.)

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 24. Oct. Während der Anwesenheit Sr. Maj. des Kaisers in Warschau verkehrt zwischen dort und Wien täglich ein Courier.

Ihre Majestät der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna werden, am 30. d. M. von Plochkowitz in Prag zurück erwartet.

Sr. k. Hoheit der Hr. Erzherzog Karl Ferdinand ist heute Morgens 8 Uhr mittelst Nordbahn von Selowitz hier eingetroffen.

Ihre k. Hoheit Erzherzogin Sophie wird Samstag den 3. November von Ischl hier eintreffen.

Die „Donauztg.“ meldet, daß durch a. h. Handschreiben der Hr. Unterstaatssecretär Freih. v. Helfert mit der interimistischen Leitung des Ministeriums des Cultus und Unterrichts betraut worden sei.

Nach einer telegr. Depesche aus Pest vom 23. October, rückte die Garnison von Ofen-Pest Morgens in Parade aus. F.M. Ritter von Benedek nahm in einer Ansprache von derselben Abschied. Die vom Gemeinderathe beschlossene Beleuchtung der Schwefelstädte unterließ, weil Benedek an die Bürgermeister den Wunsch aussprach, die Auslagen hiefür lieber den Armen zuzuwenden.

F.M. v. Benedek hat, wie der „P. Z.“ meldet, sämtlichen Journalen von Pest-Ofen das Erlöschen der ihnen ertheilten Ermahnungen angefügt.

Der „Fortschritt“ meldet, daß mehrere hervorragende Personen, deren Namen den besten Klang in Ungarn haben, sich den neuen Leitern der ungarischen Geschäfte zur Disposition stellen.

Eine Deputation ungarischer Magnaten wird nach der Rückkehr Sr. Maj. des Kaisers von Warschau hier erwartet, um im Namen des Königreiches den Dank für die wieder verliehene ungarische Constitution am a. h. Throne auszusprechen. Nach einer anderen Version sollen vorerst Dankadressen zur Unterschrift im Lande aufgelegt und sodann Sr. Majestät dem Kaiser überreicht werden. Der erste ungarische Landtag wird sich, wie man glaubt, schon im Frühjahre versammeln; die Krönung Sr. Maj.



des Kaisers dürfte sonach im Sommer 1861 zu Preßburg stattfinden. Die kgl. ungarische Leibgarde, welche im Jahre 1848 aufgelöst wurde, wird dem Vernehmen nach wieder organisiert werden und das frühere Gardegebäude zu St. Ulrich beziehen.

Der „P.L.“ läßt den kaiserlichen Entschlüssen volle Gerechtigkeit widerfahren, nur meint er: Das „geschichtliche Rechtsbewußtsein“ beschränkt sich nur schwer mit einem ungarischen Landtage, dem jede Eingangsfrage die „Ordnung der Militärpflichtigkeit und Einführung der Steuern und Auflagen“ entzogen wird, entzogen wird ohne vorhergegangene Vereinbarung mit demselben, — das „geschichtliche Rechtsbewußtsein“ kennt ferner nur einen ungarischen Landtag, auf welchem auch die „partes adnexae“ vertreten sind, ihm selbst würde es, dieser Anschauung nach, erst zukommen, die Wiedervereinbarung oder Fortsetzung derselben der königlichen Sanction zu unterbreiten. Die Verehrer dieser Ansicht betrachten die erwähnten beiden Momente für derart wesentlich, daß sie, darauf fußend, dem Zustandekommen eines solchen intensiv und extensiv geschmälernten Landtages bedeutende Schwierigkeiten prognostizieren wollen. Dieser Partei-Anschauung können wir am passendsten einen Satz gegenüberstellen, den wir in der „Öst. Post“ finden. Sie sagt: Wir glauben, es ist das Richtige geschehen. Den Ungarn wurde gegeben, was ihnen gegeben werden mußte, und dem Gesamtreich wurde vorbehalten, was es nicht aus der Hand lassen durfte.

Die „Bas. Wsag“ veröffentlicht einen Brief des berühmten Romanschriftstellers Baron Tokics, worin derselbe sagt, es sei recht hübsch, daß man toasire, ungarische Kleider trage u., aber es wäre wünschenswerth, daß die Jugend auch zu der Ueberzeugung käme, daß das Vaterland verlange jetzt vor Allem, daß sie lerne und sich ausbilde. Denn es kann die Zeit kommen, (sie ist gekommen!) wo gerade Ungarn Männer bedürfen wird, die große und wichtige Aemter vollkommen werden ausfüllen können. Jede versäumte Stunde sei Vaterlandsverrath.

In der Abend-Sitzung vom 12. d. fand der Schluß der Verhandlungen des Pester General-Conventes der protestantischen Kirche augsburgischer Confession statt. An den Bericht über das General-Archiv schloß sich ein Vortrag des Superintendenten Szekacs, in dem die verstorbenen Erzherzogin Maria Dorothea, „die unvergessliche Gönnerin und Beschützerin der protestantischen Kirche,“ noch im Jahre 1851 ein an den nächsten General-Convent adressirtes versiegeltes Schreiben beim Pester Pfarramt deponirt habe. Als im Jahre 1857 Vertreter aller vier Superintendenten in Pest versammelt und auf einen nahe bevorstehenden Generalconvent keine Aussichten waren, wurde aus diesen Vertretern der Kirche eine General-Conferenz gebildet und die erwähnte Zuschrift eröffnet. Die Erzherzogin schenkte darin eine sehr werthvolle, an historischen Quellen für die Kirchengeschichte der Protestanten äußerst reiche Sammlung von Büchern und Manuscripten, welche einst Pfarrer Gammauf angelegt und die hohe Spenderin erworben hatte, der Gesamtheit der protestantischen Kirche in Ungarn. Hierauf beschloß der General-Convent das wichtige Institut der Religions-Agenten wieder ins Leben zu rufen. Für Wien wurde vor der Hand kein Agent ernannt, da die ungarische Hofkanzlei nicht mehr bestesse und die Neugestaltung, welche aus den jetzigen schwankenden Verhältnissen hervorgehen soll, noch nicht erkennbar sei. (Das hat sich nun in erfreulichster Weise geklärt. D. Red.) Zum Schluß sprach Superintendent Szekacs dem Freiherrn A. v. Pronay den Dank aus für die 35jährige, glänzende und opferreiche Dienstleistung in verschiedenen kirchlichen Aemtern.

### Deutschland.

Aus München wird vom 21. d. der Allg. Ztg. geschrieben: „Als diesen Morgen die große Nachricht aus Oesterreich hier bekannt wurde, da zeigte sich wieder recht augenscheinlich wie herzlich die Sympathien der Münchener für die lieben Nachbarn sind. Mit Ausnahme der wenigen, die nun fühlen, wie ihrer Hand mit einem Male eine scharfe Waffe entwunden ist, freut sich alles über den Schritt, der nach allgemeiner Anschauung allein im Stande war, das immer schwärzer drohende Verderben von Oesterreich und mit ihm von unserm großen geliebten deutschen Vaterland abzuhalten. Wir fühlen es, daß uns Oesterreich heute neu gegeben worden.“

Es ist schon erwähnt, daß la Nation française Hauseigentümerin in Berlin geworden ist. Vor einigen Tagen wurden auf der Hypothekentafel des königlichen Stadtgerichts die üblichen Formalitäten vollzogen, und zwar unter Umständen, die einen ziemlich komischen Anstrich hatten. Man erwog zunächst die Frage, ob die französische Nation, auf welche der Besitz-Titel übertragen werden sollte, eine „moralische Person“ sei. Als darauf eine von dem Kaiser Napoleon III. eigenhändig unterzeichnete Urkunde vorgelegt wurde, welche den hiesigen französischen Gesandten ermächtigte, das Haus des Geheimen Commerzienrathes Carl für die Nation anzukaufen, kam es, da das Haus mit einer Hypotheklast von 57,000 Thalern belegt blieb, zur Erörterung, ob der Kaiser Napoleon berechtigt sei, der Nation eine solche Last aufzubürden. Es wurde der Vorschlag gemacht, bei dem französischen Justiz-Minister dierhalb anzufragen, ferner an die französische Nation die übliche gerichtliche „Verwarnung“ zu richten; doch scheint man zuletzt alle diese Formalitäten für unerheblich gehalten zu haben, da die Uebertragung des Besitz-Titels vor sich ging. Man hatte zudem einen Präcedenzfall an dem hiesigen russischen Gesandtschafts-Hotel.

### Frankreich.

Paris, 21. Okt. Herr von Persigny ist gestern Abend hier angekommen und zwar in Folge eines speziellen Befehls des Kaisers. Man bringt die Anwesen-

heit dieses Diplomaten mit den Gerüchten in Verbindung, welche seit einiger Zeit schon in Betreff beabsichtigter Ministerwechsel circuliren. Diese Gerüchte erhalten sich, nur weiß man nichts Gewisses weder über die zu ersetzenden Persönlichkeiten, noch über die Nachfolger derselben. Am verbreitetsten ist die Meinung, daß das Ministerium des Auswärtigen und das Finanzministerium in andere Hände übergeben werden. Herr v. Persigny und Herr v. Buitry haben die meiste Aussicht die Plätze Thouvenel's und Magne's zu übernehmen. Doch ist bekannt, daß der Kaiser in solchen Fällen häufig Ueberraschungen bereitet hat. Am Donnerstag hat der Kaiser das National-Scheibenschießen in Vincennes besucht und bei dieser Gelegenheit als Ehrenpreis ein sehr schönes Jagdgewehr, im Werth von 11,000 Frs., ausgelegt. Der Kaiser hat nun seinem Better, dem Prinzen Napoleon, das Palais Royal und das Schloß von Meudon, welche zur Apanlage des Prinzen Jerome gehörten, definitiv als Residenzen angewiesen. — Das schon früher aufgetauchte Gerüchte einer außerordentlichen Session des gesetzgebenden Körpers kehrt mit ziemlicher Bestimmtheit wieder. Die Deputirten sollen für Ende November einberufen werden. Wie vor einiger Zeit, heißt es auch jetzt, daß es sich um Bewilligung eines neuen Anlehens handle. — General Montauban soll nach dem Eintreffen der Nachricht von der Einnahme der Lakufors zum Senator ernannt werden. — Ein außerordentlicher Abgesandter des neuen Fürsten von Serbien, des Sohnes des Fürsten Milosch, ist in Paris angekommen. — Seit heute, und vielleicht ohne Bezug auf die hier zuerst bekannt gewordene Note des Herrn v. Schleinitz, will man von einer abermaligen Besserung der Beziehungen mit England wissen. — Der Colonial-Minister Chasseloup Laubat ist von Algerien hier wieder eingetroffen.

Der „Constitutionnel“ verbreitet sich in unbekanntem Manier über die Ausdehnung der französischen Occupation im Kirchenstaate. Der Artikel in seiner gewundenen Beweisführung, hinter welcher die bewusste Verlegenheit wie zum Hohne des Publikums Verstecken spielt, wäre kaum der Erwähnung werth, wenn er nicht der „Union“ zu der energischen, an eine höhere Adresse gerichteten Erklärung Anlaß gäbe: „Das Unglück Eurer Situation ist, daß man Euren Worten nicht den geringsten Glauben mehr beimessen kann. Man glaubt Euch nicht mehr, noch einmal, man glaubt Euch nicht mehr!“

Die Unterdrückung der legitimistisch-katholischen „Gazette de Lyon“, der nicht einmal „Verwarnungen“ vorangegangen sind, wurde durch folgenden, allerdings unbehaglichen Artikel veranlaßt: „Indem der Moniteur die Existenz der Depesche des Duc de Gramont (französischen Gesandten in Rom) an den General Lamoricière abläugnet, scheint er neben der Frage zu sein. In der Depesche war keineswegs die Rede von militärischen Unterstützungen, sondern von der Occupation gewisser Orte durch französische Truppen. . . Darauf kommt es übrigens wenig an — Thatsache ist, daß der Kaiser und Cialdini in Chambery eine Unterredung gehabt haben, der General mußte daher die hohe Mißbilligung kennen, welche der Einfall (der Piemontesen in den Kirchenstaat) finden würde. Er hat sich also die Unzufriedenheit des Chefs der französischen Nation, des Aulicrten seines Souveräns, zuziehen wollen. Warten wir Aufklärungen ab und hören wir auf, Muthmaßungen aufzustellen.“

### Schweden.

Der schwedische Reichstag wird am 26. seine Sitzungen schließen. Er war über ein Jahr versammelt. „Astonabel“ sucht in einem gebarnigten Artikel zu beweisen, wie wenig der Reichstag in dieser langen Zeit geleistet habe, und dringt auf Reform der Repräsentation. (Der Bauernstand hat ein Komitee von neun Mitgliedern niedergesetzt, um einen Vorschlag in dieser Richtung auszuarbeiten.)

### Italien.

Einem Mailänder Corr. des „Vaterland“ zufolge macht die piemontesische Regierung die ungeheuersten Anstrengungen, um den bevorstehenden heißen Kampf mit aller Macht führen zu können. Die ganze weisfähige Jugend wird unter die Waffen gerufen, und nachdem die Altersklassen vom Jahre 1840 nicht ausreichen, so wird bis zum Jahre 1841 und selbst 1842 zurückgegriffen. Ueberall wurden die Cadres zu neuen Regimentern und Batalions aufgestellt und man trachtet hauptsächlich, altgediente Offiziere und Unteroffiziere gleichmäßig in der Armee zu vertheilen, um die Abrichtung und Einführung der neugeworbenen Truppen zu erleichtern. Lamarmora, dem organisatorischen Talent nicht abzuspochen ist, arbeitet mit ungeheurer Anstrengung daran, die Schlagfertigkeit der ihm unterstehenden Truppen zu beschleunigen. In Bergamo, Lodi und Brescia wird Tag und Nacht an der Anfertigung von Munition und Montur gearbeitet und in Mailand hat ein Handelsmann die Lieferung von 500,000 Stück Wäsche für die Armee übernommen. In allen bedeutenden Städten wurden ungeheure Vorräthe von Korn, Reis und Mehl angekauft und die Verproviantirung der Festungen wird mit ungeheurer Hast betrieben. Die Hauptsache aber ist, daß in der ganzen Lombardie Anstalten getroffen werden, eine große französische Heeresmacht unterzubringen und daß bereits zahlreiche Offiziere und Kriegskommissäre das Land bereisen, um Lieferungskontrakte abzuschließen, Unterkunft zu ermitteln, mit einem Worte, den Einmarsch französischer Streitkräfte vorzubereiten.

Die in Turin residirenden Neapolitaner haben nach den „Nationalisten“ in öffentlicher Urkunde einstimmig für die Annexion gestimmt und wollen diese Urkunde nach Madrid senden. Wie in der sardinischen Deputirtenkammer bei der öffentlichen Abstimmung über das Annexionsgesetz nur Einer (Ferraris) dagegen gestimmt, bei der geheimen Abstimmung sich aber sechs schwarze Kugeln gefunden hatten, gerade so ergab im

Senat am 16. Oktober die öffentliche Abstimmung nur einen Gegner (Brignole), die geheime aber zwölf. — Am 17. Oktober hat die Deputirtenkammer genehmigt, daß die piemontesischen Expropriationsgesetze auch auf Boscaria anwendbar sein sollen und daß eine Eisenbahn von der französischen Grenze (Mentone) längs der Küste nach Massa gebaut werde. Am 19. Oktober ist der Schluß der Kammer-Session verkündet worden. Eine Ehrfurchts- und Dankadresse beider Häuser an den König wird Sr. Majestät durch eine Deputation überbracht werden.

Die officielle turiner Zeitung veröffentlicht den Bericht des Ober-Commandanten Generals Fanti über die Operationen in Umbrien und den Marken, datirt Ancona den 1. Oktober. Der Bericht umfaßt sechs Spalten. Der Verlust der Piemontesen bei der Einnahme Ancona's ist auf 579 Mann geschätzt: 49 Officiere, 530 Soldaten.

Dem „Corriere Mercantile“ versichert man, Bertani sei an Bord der Dampf-Fregatte „Elektrico“ nach Neapel abgereist.

Laut Bericht aus Rom vom 16. d. Mts. hatten die bei den jüngsten Vorgängen in Viterbo committirten Priester Balmontane und Palestino, so wie 600 Einwohner, die Stadt verlassen. Die Piemontesen lagerten bei dem zehn Wegstunden von Rom entfernten Rieti. General Lamoricière wird sich nur kurze Zeit in Rom aufhalten, und es steht fest, daß er nach Frankreich zurückkehren wird.

Der „Razione“ schreibt man aus Rom, Herr v. Merode fährt fort, Anmerkungen machen zu lassen und hoffe, die Armee bald reorganisiert zu haben. Er bediene sich dazu des Unter-Intendanten Ferri. Die Franzosen stehen jetzt in Livoli, Bellatri, Balmontane, Frascati, Albano, Cassella, Civita-Castellana, Viterbo.

Dem „Vaterland“ wird aus Rom gemeldet: General Lamoricière habe das Portefeuille als Kriegsminister übernommen. Das „Giornale di Roma“ schweigt noch darüber.

Das Giornale di Roma erklärt die von der Dpion Nationale verbreitete ohnehin abgeschmackte Geschichte, daß der junge Mortara in die Sängers-Capelle Sr. Heiligkeit eingereiht werden solle, für eine abscheuliche Verleumdung, welche nachzuschreiben die Hand schaudern müßte.

Victor Emanuel wird, wie jetzt die amtliche Turiner Zeitung meldet, erst Ende des Monats in Neapel eintreffen und zu Popoli das Resultat der Abstimmungen erwarten. Inzwischen sind in Ancona eingeschifft Truppen bei Pescara und zu Manfredonia gelangt. Es scheinen die royalistischen, bis jetzt erfolgreichen Bewegungen in der Provinz Molise hier zu einer raschen Concentrirung piemontesischer Truppen geführt zu haben. Ein Telegramm gibt bekanntlich bereits Meldung von einem Gefecht.

Ein vom 11. Oktober datirter Brief aus Capua meldet: Zwei Gefechte fanden in den Abzügen bei Fferna und bei Civita Roveto in den letzten Tagen der verfloffenen Woche statt. Die Garibaldianer wurden vollkommen geschlagen und verloren ungefähr 100 Gefangene, darunter einen Oberst, zwei Hauptleute und einen Priester, die bereits in Gaeta angekommen sind. — Von S. Maria ist nichts Entscheidendes zu berichten. Zwei Gefechte am 8. und 9. fanden statt, beide zum Vortheile der Neapolitaner. Die Garibaldianer verlangten 24 Stunden zur Bestattung der Todten, sie wurden ihnen von General Ritucci, zum Theil gegen den Rath der übrigen Officiere, bewilligt. Es sollen bereits über 10,000 Flinten an die Bauern der Umgegend, welche bewaffnet sein wollen, aus dem Zeughaufe von Gaeta ausgeheilt worden sein.

Den „Debats“ schreibt man aus Neapel, 13. Oktober u. A.: „General Fürst ist Platz-Commandant von Neapel geworden, seine Gesundheit ist sehr zerstückt. In der Nacht vom 8. zum 9. d. wurden der Polizei-Commissar Silvati, Fürst Malizzano und sein Bruder Fürst Cimitile, 4—5 Pfarrer und mehrere Damen verhaftet. Außerdem wurde ein gewisser Graf Letti und sein Begleiter Toffi verhaftet, die, wie es heißt, von Rom gekommen waren, in der Absicht, Garibaldi zu ermorden. Crispi verlangte am 8. d. M. 18,000 Ducati zur Bervollständigung der Ausgabe von 90,000 Ducati des Dictatur-Secretariats. Die Armee Garibaldi's hat vom 8. bis 27. September 700,000 Ducati gekostet. Alexander Dumas muß den Palast von Chiatamone verlassen, da die königlichen Paläste Neapels für Viktor Emanuel bereit gestellt werden. (Die „N. P.“ meint, Alex. Dumas habe eben so viel und eben so wenig Recht dort zu wohnen, als der andere.)

Wie aus Neapel vom 16. d. M. gemeldet wird, hat der Prodictator Pallavicini ein Decret veröffentlicht, kraft dessen er die Entlassung Crispi's annimmt. Dem Paese zufolge war Mazzini nach Genua abgereist.

### Handels- und Börsen-Nachrichten.

Am 4. d. Mts. ist die Eisenbahn von Rußensche nach Escherna woda feierlich eingeweiht worden. — Wien, 24. October. National-Anlehen zu 5% 75.40 Geld. 75.70 Waare — Neues Anlehen 88. — 89.75 W. — Galizische Grundentlastungs-Obligatien zu 5% 65.50 G. 66. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 747. — G. 749. — W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 167.70 G. 167.80 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. österr. W. 1825. — G. 1827. — W. — der Galiz. Karol. Bah. zu 200 fl. österr. W. 113.75 W. — London, für 100 Gulden Sterling 132.80 G. 132.90 W. — R. Münzdukaten 6.33 G. 6.34 W. — Kronen 13.30 G. 13.33 W. — Neapolit. österr. 10.61 G. 10.63 W. — Russ. Imperiale 10.88 G. 10.90 W. — Krafauer Cours am 24. October. Silber-Rubel 8/10 fl. poln. 110 verl., fl. poln. 108 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 344 verlangt, 338 bezahlt. — Preuss. Contant für 150 fl. österr. Währung Thaler 75 verlangt, 74 bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. fl. 134 verlangt, 132 — bezahlt. — Russische Imperiale fl. 10.90 verl., 10.70 bezahlt. — Neapolit. österr. fl. 10.70 verlangt, 10.50 bezahlt. —

Wollwichtige holländische Dufaten fl. 6.30 verl., 6.20 bezahlt. — Wollwichtige österr. Rand-Dufaten fl. 6.32 verl., 6.22 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. v. 100 1/2 verl., 99 1/2 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons fl. österr. Währung 36 1/2 verl., 35 1/2 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligatien österr. Währung 70 verlangt, 68 1/2 bez. — National-Anleihen von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 75 1/2 verlangt, 74 bezahlt. Aktien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons mit der Einzahlung 60%, fl. österr. Währ. 153 verl., 150 bez.

### Neueste Nachrichten.

Paris, 24. Okt. Der heutige „Constitutionnel“ enthält einen vom Sekretär der Redaction unterzeichneten Artikel unter dem Titel: „Die französische Politik in Italien“. Der Artikel, welcher als halb-offiziell betrachtet wird, beginnt mit einer energischen Zurückweisung der Anklagen gegen die Regierung des Kaisers, erhoben einerseits durch diejenigen, welche ihr vorwerfen, daß sie in Italien nicht gegen die Revolution intervenire, sowie andererseits durch jene, welche die italienische Bewegung durch Frankreich in allen ihren Konsequenzen unterstützt sehen wollten.

Die französische Politik konnte, ohne ihre unbestreitbarsten Prinzipien, ihre wesentlichsten Interessen bloßzustellen, weder den einen noch den anderen dieser beiden Wege festhalten.

Hätte der Kaiser gegen Italien Partei genommen, so würde er seine Herkunft verleugnen, den Charakter verlieren, den er vom allgemeinen Stimmrechte, durch das er erwählt ist, erhalten hat, er würde sich der Autorität begeben, deren der Herrscher Frankreichs zum Wohle Europa's nothwendig bedarf. Der Kaiser wird dem Princip der Autorität um so mehr einen Dienst leisten, je mehr er den Völkern billig gewesen sein wird.

Andererseits könnte eine Intervention nichts anderes als eine militärische Okkupation der Halbinsel sein. Was würde Italien, was England, was Europa hierzu gesagt haben? Sie würden in der solchergestalt beschützten Halbinsel ein französisches Italien erblickt haben. Eben so unmöglich, eben so gefährlich wäre die andere Haltung. Sie würde uns zu Mitschulbigen der revolutionären Situation machen, einen Bruch mit Rußland, Preußen und Oesterreich herbeiführen, uns in einen allgemeinen Krieg verwickeln.

Der Kaiser hätte seine Rolle gewechselt. Beschwichtigter (moderateur) der Revolution, würde er deren Oberhaupt, Friedensstifter (pacificateur) würde er dessen Schrecken, Schiebrichter in den Fragen des Gleichgewichtes würde er die Rechtstitel seiner Kompetenz verlieren. Repräsentant des nationalen Willens, wäre er nur mehr das Werkzeug einer Partei.

So kann Frankreich in Italien weder die revolutionären Annerionen, noch die absolutistischen Reaktionen begünstigen.

Welchem Wege soll man nun folgen?

Hier geht der Artikel auf die Würdigung der politischen Lage jeder der europäischen Großmächte in Bezug auf Italien über und schließt daraus, daß der Kongreß möglich sei. Er bezeichnet die Rolle Frankreichs hierbei und endet mit den Worten: Ein organisiertes und mächtiges Italien ist fortan ein europäisches Interesse und indem Europa diesem Interesse durch einen Akt seiner hohen Gerichtsbarkeit die nöthige Weihe geben wollte, würde es sich eben so vorsichtig (prévoyant) als gerecht zeigen.

Die „Patrie“ vom 22. d. versichert, die englische Regierung habe in der an das St. Petersburger Cabinet gerichteten Note Oesterreich das unbedingte Recht auf Venetien zuerkannt. Die Note füge hinzu, daß in Bezug auf alle anderen Theile Italiens das Recht der Nicht-Intervention von ganz Europa ausgeübt werden müsse.

Aus Italien liegen folgende Nachrichten vor: Turin, 23. Oct. Die österreichischen Concessionen und die Ernennung Benedek's zum Gouverneur Venetiens erzeugten einen lebhaften Einbruch in Turin. Sie werden als Symptome kriegerischer Dispositionen Seite Oesterreichs betrachtet, umfomehr, als Oesterreich dem Generalen, in welchen es das meiste Vertrauen setzt, das Kommando übergibt.

Die „Opinione“ ladet die piemontesische Presse ein, in den gegenwärtigen Verhältnissen die Bewegungen der Truppenkörper geheim zu halten.

Die „Perseveranza“ meldet aus Turin vom 22. d.: In Folge der in Wien gemachten Concessionen, welche hier als die Androhung einer Kriegserklärung gegen Italien angesehen werden (!), sollen energische Bertheidigungsmaßregeln ins Werk gesetzt werden. Vor Allem sollen 80 mobile Nationalgarde-Bataillone aufgestellt und denselben die Bertheidigung der festen Plätze des Reiches anvertraut werden. Piemont verdoppelt in diesem Augenblicke seine Thätigkeit und seinen Eifer, um sich vor einem österreichischen Angriffe sicher zu stellen, obwohl es von Paris und London die formelle Versicherung erhält, daß sich Oesterreich nur auf die Bertheidigung Venetiens beschränken will.

Ueber Paris wird aus Turin vom 23. Oktober gemeldet: Weitere vierzig Bataillone der Nationalgarde werden mobilisiert. Aus Ancona wird gemeldet, die Abstimmung in Betreff der Annerion werde am 5. November stattfinden.

Neapel, 23. October. (Ueber Turin.) Eine officielle Depesche zeigt an, daß die Garibaldianer in Capua eingezogen sind. (Lange schon war die Rede, daß die königlichen beabsichtigen, Capua zu räumen und am Garigliano Position zu nehmen.) Viktor Emanuel ist in Fferna angekommen.

### Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Vogel.

Verzeichniß der angekommenen und abgereisten vom 24. October 1860. — Angekommen sind die Herren Gutbesitzer: Julian Zubrzycki aus Rakva, Labislans Gorofski aus Moberowka, Alexander Jablonowski aus Polen. Ewerin Nowofelski aus Glogow. Abgereist sind die Herren Gutbesitzer: Sigmund Graf Bielopolski nach Schrobitz, Alexander Graf Bielopolski n. Schrobitz, Anton Bilinski n. Rußland, Marian Solodowski n. Polen, Labislans Rabysowski n. Polen, Leopold Solodowski n. Polen, Hipolit Stannicki n. Warschau, Michael Alexejoff, Kolegial-ath. n. Warschau.



